

Niederschrift

zur 36. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 20.07.2017	18.30-21.03 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Jürgen Grasnack bis 21.00 Uhr, Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU/FDP-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati , Petra Schumann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias Rudolph , Janett Seiler ,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch, Klaus Runge , Stefan Sarrach, Elke Wagner

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Christfried Tschepe , Anke Marggraf

Gäste

18 interessierte Einwohnerinnen und Einwohner

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda entschuldigt,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel entschuldigt, Reinhard Ksink entschuldigt,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 36. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 27 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung liegen einige Ergänzungsanträge vor. Zum einen beantragt die Verwaltung, die DS-Nr. 6/449/1 im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu behandeln. Seitens der SPD-Fraktion liegt ein Antrag zur Wettbewerbsteilnahme am Wettbewerb „GrünStadtRaum“ und von der Fraktion DIE LINKE liegt ein Antrag zur Bildung eines Grundschulbeirates vor. Die BFZ-Fraktion stellt den Antrag, den TOP 13.3. die DS-Nr. 6/532 –Aufhebung des Beschlusses 6/DS/446 und Beschluss zum Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB- im öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln. Weiterhin liegen von ihr vier Anträge zur Einbringung und Verweisung in die Fachausschüsse vor. Es handelt sich um 6/538 Abschaffung der Gebühren für die Kita-Betreuung ab dem zweiten Kind; 6/537 Rückzahlung des überzahlten Zuschusses zur Mittagessenversorgung; 6/539 Erweiterung der Gerhard-Goßmann-Grundschule um eine Mensa und drei Fachräume und den Antrag 6/536 Digitalisierung der Fürstenwalder Schulen unterstützen – Glasfaseranschlüsse herstellen. Zum letzteren Antrag berichtet Herr Dr. Fehse, dass er bereits wie vorgeschlagen durch die Verwaltung umgesetzt wird.

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag 6/499 zum Stadtmöbelkonzept mit dem Hinweis zurück, dass er in den Ausschüssen beraten und mit Auflagen an die Verwaltung verwiesen wurde. Diese sollen zunächst abgearbeitet werden, bevor der Antrag wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Die angetragenen Änderungen sind in der Veröffentlichung der Einladung im Amtsblatt noch nicht enthalten. Die um diese Ergänzungs- und Änderungsanträge erweiterte Tagungsordnung wird beschlossen.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift der 34. Sitzung vom 8.6.2017

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift der 35. Sitzung vom 29.6.2017

Herr Rudolph bittet, unter TOP 8.7 –er hat an dieser Abstimmung nicht teilgenommen- aufzuführen, dass er sich mit einem GeschO-Antrag gemeldet hatte, um einen Änderungsantrag zu stellen, und

das wurde vom Präsidium übersehen. Aus diesem Grund hat er an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zustimmung mit Änderung Ja 24 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass die BFZ-Fraktion den Beschlussverlauf zum Thema Grundsichsuation (über den Änderungsantrag von Herrn Dippe wurde nicht abgestimmt) moniert und bei der Kommunalaufsicht angezeigt hat. Die Prüfung der Kommunalaufsicht hat ergeben, dass kein kommunalrechtlicher Verstoß vorliegt.

Des Weiteren berichtet der Vorsitzende, dass man sich nach der Sommerpause auf einen Termin zur Überarbeitung der Hauptsatzung verständigen könne, da die rechtliche Bewertung der eingebrachten Vorschläge durch die Justiziarin abgeschlossen ist.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verzichtet auf Informationen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Jan Giesau (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) fragt, mit welchem Ergebnis und von wem wurde geprüft wurde, ob der Busshuttle für die Schulwege der Kinder rechtssicher im Sinne der Schulwegzeit ist.

Dr. Fehse führt aus, dass es eine praktische Versuchsfahrt gab und die dauerte 15 min. Zu dem Busshuttle hatte er (auch in einer E-Mail) auf Alternativen hingewiesen und insofern kann auch heute keine andere Antwort erwartet werden.

Herr Giesau ergänzt, dass sich von den an der GGG abgelehnten Kindern keines an der Sigmund-Jähn-Grundschule angemeldet hat. Er möchte wissen, ob es trotzdem ein Shuttle für die Kinder geben wird, die dort bereits seit 2 Jahren hinfahren.

Der Bürgermeister antwortet, dass das Angebot eines Busshuttles durch die Verwaltung nicht weiter aufrechterhalten wird. Er berichtet, dass 32 Kinder von der GGG einen ablehnenden Bescheid erhalten hatten. Diese Kinder konnten wie folgt versorgt werden: 1 Kind ist verzogen, 2 Zusagen für die evang. Grundschule, 5 noch nachträglich für die GGG, 1 Kind für Bad Saarow, 9 für die Rahnschule, 1 Sigmund-Jähn-Grundschule (ein Geschwisterkind ohne Shuttlenutzung), 8 von der Sonnengrundschule und 5 von der T.-Fontane-Grundschule.

Weiterhin richtet Herr Giesau seine Frage an Herrn Wende und möchte wissen, warum die Fraktion die Bildung eines Grundschulbeirates (nicht Elternbeirates) vorschlägt.

Herr Wende antwortet, dass er das vorschlägt, was die STVV nach seiner Auffassung zur Entscheidungsfindung und zur Unterstützung benötigt. Es geht um die Fragen der Entwicklung und Gestaltung der Grundschulen, wie brauchen sie räumliche und sächliche Unterstützung, wie können sie vernetzt werden mit den außerschulischen Bildungsangeboten aus dem Sozialraum etc.

Er stellt die Selbstorganisationskräfte der Eltern nicht in Frage und meint, wenn man sich organisieren wolle, stünde dem nichts im Wege (Elternstammtisch o.ä., Elternkonferenz an Schulen, Kreiselternebeirat).

Herr Christian Engel (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht zur geplanten Bebauung des Altstädter Platzes. Er befürwortet die Bebauung durchaus, aber das Gebiet sollte

insgesamt nicht so ausgereizt werden. Er kritisiert, dass keine wirkliche Abwägung und Berücksichtigung der Bürgermeinung stattfindet. Er vertritt die Auffassung, dass Herr Tschepe eine Vorbildfunktion hat, die er nicht wahrnimmt.

Der Bürgermeister versteht die emotionale Bewegung, kann die Kritik an Herrn Tschepe jedoch nicht nachvollziehen. Im Stadtentwicklungsausschuss wurde richtig vorgetragen, dass das Verkehrsgutachten in seinen Grundzügen vorliegt, dass der Gutachter erste Ergebnisse mitgeteilt hat, dass es nach Fertigstellung allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt und nach der Sommerpause mit allen Beteiligten diskutiert werden kann. Er wehrt sich gegen die Aussage, dass es sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in der Stadtverordnetenversammlung keine sinnvolle Abwägung mehr gäbe. Die Bürgerinnen und Bürger können sicher sein, dass das Gutachten in seiner Gänze geprüft wird. Nicht sicher können sie hingegen sein, dass alle ihre Vorstellungen darin einfließen, insbesondere was die Bebauung betrifft. Die Bebauung hat der Gutachter gar nicht geprüft. Er hat lediglich festgestellt, welchen Einfluss die Bebauung auf den Verkehr der unmittelbaren Umgebung hat.

Herr König (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) wohnt in der J.-Marchlewski-Straße 22 und gibt den Hinweis, dass die Ampelanlage seit längerer Zeit nicht mehr funktioniert. Er möchte wissen, wann die Ampelanlage wieder in Betrieb ist.

Herr Tschepe erläutert, dass es für die Ampelanlage aufgrund des Alters (1992) keine Steuerungs- und Ersatzteile mehr gibt. Die Verwaltung beabsichtigt deshalb eine Ersatzbeschaffung eines Steuerungsgerätes, die rd. 20.000 bis 25.000 € kostet. Eine konkrete Terminierung steht noch nicht fest, da vorher einige durch den Stadtentwicklungsausschuss gegebene Prüfaufträge abzuarbeiten sind.

Herr Beyer, wohnhaft im Vogelsang 8 (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht über die Befürchtungen der Kleingärtner und Pächter, dass mit dem BPlan 105 „Am Berghang“ die vorhandene Struktur der Kleingärten verändert wird und die Pächter ihre Grundstücke nicht halten können. Er bittet, alles wie bisher zu belassen oder den Kleingärtnern ein Vorkaufsrecht zu sichern.

Herr Tschepe führt aus, dass mit dem BPlan keine Einflussnahme auf die unterschiedliche Pachtverhältnisse möglich ist. Einige Grundstücke sind sogar mehr bebaut, als es der Pachtvertrag vorsieht. Die jetzige, rechtlich unsichere Situation –das Bauordnungsamt ist vor Ort tätig- soll durch ein Bebauungsplanverfahren nunmehr geklärt werden. Über den BPlan kann kein Vorkaufsrecht gesichert werden. Hier müssten sich die Pächter eigenständig mit dem Nachlassverwalter ins Benehmen setzen.

Herr Weißensee (mit der Tonaufzeichnung einverstanden) fasst sich kurz und nutzt die Gelegenheit, an den gemeinsamen Termin über die Henry-Hall-Straße zu erinnern und betont, dass er viel Hoffnung in diese Gesprächsgelegenheit setzt. Er schlägt vor, auch das Rechtsamt mit einzubeziehen.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Einbringung von Anträgen durch die Fraktionen

TOP 8.1.1 Antrag der BFZ-Fraktion: Abschaffung der Gebühren für die Kitabetreu- 6/AN/538

ung ab dem zweiten Kind

Verweisung

TOP 8.1.2 Antrag der BFZ-Fraktion: Rückzahlung des überzahlten Zuschusses zur 6/AN/537 Mittagessenversorgung

Verweisung

TOP 8.1.3 Antrag der BFZ-Fraktion: Digitalisierung der Fürstenwalder Schulen 6/AN/536 unterstützen - Glasfaseranschlüsse herstellen

Der Erste Beigeordnete spricht gegen den Antrag und merkt an, dass dieses Anliegen bereits Bestandteil der Haushaltsplanung 2017 ist und durch die Verwaltung so umgesetzt wird.

Herr Rudolph gibt den Hinweis, dass die Fraktion fordert, für dieses Vorhaben Fördermittel einzuwerben. Dr. Fehse erläutert, dass auch das durch die Verwaltung umgesetzt wird, die Förderung wurde durch Minister Dobrindt allerdings erst vor Kurzem freigegeben.

Verweisung

TOP 8.1.4 Antrag der BFZ-Fraktion: Erweiterung der Gerhard-Goßmann- 6/AN/539 Grundschule um eine Mensa und drei Fachräume

Verweisung

TOP 8.2 Antrag der SPD-Fraktion: Beteiligung am Wettbewerb "GrünStadtRaum" 6/AN/534

Für die einbringende Fraktion spricht die Fraktionsvorsitzende, Frau Wagner, zum Antrag und erläutert, dass die Antragsfrist für die Wettbewerbsteilnahme bereits im November ausläuft. Deshalb sollte noch heute eine Entscheidung zum Antrag herbeigeführt werden. Sie nennt einige Projekte (Begrünung Marktplatz, Jagdschloss, Altstadt, Domumfeld) mit denen man in den Wettbewerb starten könnte.

Herr Hilke gibt zu bedenken, dass die Teilnahme (Bindung von Kapazitäten in der Verwaltung, ggf. Mobilisierung Dritter) teurer sein könnte, als der mögliche Preisgewinn.

Der Bürgermeister geht darauf ein und meint, ungewiss sei im Moment noch, ob es sich bei dem Wettbewerb um gänzlich neue oder in der Umsetzung befindliche Projekte handelt. Man könne sich aber durchaus vorstellen, mit dem Projekt Nordpark „Kleine Freizeit“ in den Wettbewerb zu gehen. Erste Schätzungen haben einen finanziellen Umfang von rd. 1.000 € ergeben. Allerdings, so Herr Hengst, geht es auch um den Imagegewinn, zu zeigen, was wir für Maßnahmen auf den Weg gebracht haben und zu schauen, was andere Kommunen machen, um daraus auch die eine oder andere Anregung aufzunehmen.

Herr Wende gibt den Hinweis, dass sich der Wettbewerb auch an Initiativen und Vereine richtet, zu schauen was auch Bürgerinnen und Bürger für ihre Stadt getan haben und was hervorgehoben werden kann. Hier nennt er z.B. die Biodiversitätsrichtlinie, die einzige bislang im Land Brandenburg, oder den BürgerInnen-Garten und den Schulgarten der T.-Fontane-Grundschule, die mit Unterstützung der Lokalen Agenda umgesetzt werden oder der Verschwenk am Kaiserhof, wo auch deutlich mehr Grün im Straßenraum entstanden ist. Er meint, dass sind ehrenwerte und preisfähige Projekte.

Angesichts der fortschreitenden Zeit wird vereinbart, den Antrag heute zur Abstimmung zu stellen.

Die Verwaltung wird bis zum nächsten Stadtverordnetenversammlung am 21.9.2017 einige konkrete Ideen für die Wettbewerbsteilnahme vorbereiten.

Begründung der Eilbedürftigkeit:

Der Wettbewerb, auf den sich der Antrag gründet, endet im November diesen Jahres und eine Beschlussfassung erst in der Stadtverordnetenversammlung im September erscheint uns zu knapp für eine Wettbewerbsteilnahme.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob es ein für den Wettbewerb geeignetes Projekt in der Stadt gibt, und dieses gegebenenfalls als Wettbewerbsbeitrag einzureichen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bildung eines Grundschulbeirates

6/AN/535

Der Vorsitzende bringt die Rede auf die zu überarbeitende Hauptsatzung und meint, man solle in diesem Zusammenhang über den Antrag befinden.

Zunächst hat Herr Wende das Wort. Er wirbt dafür, den Blick auf die Dinge zu richten, die den Stadtverordneten zur Entscheidungsfindung dienen. Diese hätten ohnehin nur einen begrenzten Einfluss, keinen Einfluss hätte man auf pädagogische Konzepte von Schulen oder auf den Einsatz des Lehrpersonals etc.

Der Grundschulbeirat, so formuliert es Herr Wende weiter, sollte nicht nur Elternsicht widerspiegeln, sondern auch die der Schülerinnen und Schüler, der Lehrer und die Fachkräfte der Sozialarbeit.

Frau Wagner spricht sich dafür aus, diesen Antrag auch in den Ausschuss für Kultur, Soziales, Sport und Gleichstellung zu verweisen, um hier nach den Ferien im September mit allen Akteuren eine inhaltliche Diskussion zu führen. Dem stimmt auch der Abg. Hoffrichter zu, auch die CDU/FDP-Fraktion sieht noch Diskussionsbedarf, um u.a. die Interessen aller Grundschulen zu berücksichtigen und eine Basis für alle möglichen Akteure zu schaffen. Heute kann noch kein Votum abgegeben werden.

Herr Fischer meint auch, man müsse auch schauen, ob die Zahl von 7 Mitgliedern ausreichend ist. Die BFZ-Fraktion plädiert für einen Elternbeirat, um die Interessen nicht nur von Schulen, sondern auch von Kitas zu vertreten. Man sollte möglichst breit aufgestellt sein, um seine Beraterfunktion durch Rede- und Antragsrecht auch wahrnehmen zu können. Beispielhaft ist der Behindertenbeirat im Stadtentwicklungsausschuss.

Herr Apitz meldet sich zu Worte und meint, dass aufgrund der komplexen Problemstellungen eine Beiratsbildung nach Hauptsatzung nicht wirklich zielführend ist. Er verweist auf die bestehende Möglichkeit, in der lokalen Agenda eine weitere Interessensvertretung zu bilden. Auch dann können die Anliegen in der STVV gehört werden. Es wäre zu begrüßen, wenn sich dort wieder mehr Bürgerengagement finden würde.

Die ausführliche Diskussion veranlasst Herrn Rudolph, sich zur Geschäftsordnung (GeschO) zu melden. Er meint, man hätte bis hierhin einen gangbaren Weg diskutiert, diesen Antrag in die Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der GeschO zu verweisen und zu verfahren, wie mit allen Änderungsvorschlägen zur Hauptsatzung. Man solle die heutige Diskussion nun beenden.

Herr Wende gibt noch den Hinweis, dass durchaus auch über die Anzahl der Beiratsmitglieder diskutiert werden dürfe, es müssen nicht zwingend nur 7 sein. Frau Fiedler betont u.a. dass die lokale Agenda unbedingt wieder gestärkt werden solle und dort mitzutun, wäre schon längst eine Option gewesen.

Frau Wagner meldet sich zur GeschO und beantragt, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen. Herr Hilke gibt den Hinweis, dass eine Diskussion in beiden Gremien, Prüfungsgremium zur Überarbeitung der Hauptsatzung und Fachausschuss, Sinn macht. So soll nun abgestimmt werden.

Bei zwei Enthaltungen wird die Verfahrensweise einstimmig beschlossen.

Verweisung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.4 Aufhebung des Beschlusses 6/DS/466 und Beschluss zum Abschluss 6/DS/532 eines Städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB

Herr Tschepe erläutert, dass Käufer und Verkäufer sich auf eine einvernehmliche Lösung mit der Stadt Fürstenwalde geeinigt haben.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, mit dem Käufer einen notariell zu beurkundenden Städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB abzuschließen mit dem Ziel, die Festsetzungen für die Teilflächen im Bebauungsplans Nr. 09 umzusetzen. Die Umsetzung erfolgt zum Teil durch die Stadt und zum Teil durch den Käufer.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 Rücknahme des Beschlusses über den Jahresabschluss 2015 vom 6/DS/500/15.12.2016; Beschluss über den am 8.6.2017 festgestellten Jahresabschluss 2015 **1**

Herr Rudolph regt eine dreigeteilte Beschlussfassung an und vertritt die Auffassung, dass der beschlossene Jahresabschluss 2015 zuerst zurückzunehmen wäre, bevor über den neuen Jahresabschluss befunden werden kann. Drittens muss der Bürgermeister entlastet werden. Diesem Vorschlag wird einstimmig gefolgt.

Weiterhin hat Herr Rudolph einige Anmerkungen zur vorliegenden Drucksache. Er betont, dass die Auffassung der BFZ-Fraktion zur Rechtswidrigkeit des gefassten Beschlusses zum Jahresabschluss von der Kommunalaufsicht geteilt wurde.

Er vertritt weiterhin die Auffassung, dass dem Bürgermeister für diesen Jahresabschluss keine Entlastung erteilt werden kann, da rechtswidrige Spekulationsgeschäfte mit Millionenverlusten abgeschlossen wurden. Er hebt hervor, dass die Stadtverordnetenversammlung offensichtlich weitere rechtliche Schritte als Dienstaufsicht unterlässt. Im Schreiben der Kommunalaufsicht vom 26.4.2017 ist dokumentiert, dass die Stadt reine Spekulationsgeschäfte in CHF abgeschlossen hatte und damit nachweislich gegen den Derivateerlass des Landes Brandenburg verstoßen hat.

Herr Sachse bittet erneut, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen den Bürgermeister zu stellen, um zu klären, ob er ein Schwerverbrecher ist. Er meint, alles was hier von Seiten der BFZ-Fraktion herumgetönt und behauptet wird, sei nur Wahlkampfgetöse.

Herr Rudolph bittet zu begreifen, dass das eine Strafrecht und das andere Privatrecht sei. Die STVV könne zumindest privatrechtlich klären, welche Verantwortlichkeiten bestehen und Schadenersatzansprüche geltend machen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die am 15.12.2016 gefassten Beschlüsse Beschlussvorlage (6/DS/417) zum Jahresabschluss 2015 zurück und beschließt:

1. Aufhebung des Jahresabschlusses 2015 vom 15.12.2016

Zustimmung: 27 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

2. Der am 8.6.2017 vom Bürgermeister festgestellten Jahresabschluss 2015 gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Zustimmung: 27 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

3. Die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2015

Zustimmung: 18 Ja 7 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen

Zustimmung

TOP 8.6 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Schlussbericht der Rechnungsprüfung des geänderten Jahresabschlusses zum 31.12.2015 6/DS/524

Der Abg. Rudolph wiederholt, dass sich die Fraktion nicht dem Schlussbericht und der empfohlenen uneingeschränkten Entlastung des Bürgermeisters anschließen könne.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Schlussbericht über die Prüfung des geänderten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 zur Kenntnis und schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

Zustimmung Ja 23 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.7 Organisationsänderung des Fachbereiches Bürgerdienste 6/DS/528

Die Abg. Lehmann meldet sich zu Wort und gibt als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen zu bedenken, dass dieser Ausschuss mit der Diskussion zu diesem Sachverhalt übergangen wurde. Sie bittet daher um Verweisung in den Fachausschuss und begründet außerdem, dass die Wertschätzung des Sportes in der Bezeichnung des neuen Fachbereiches völlig fehle.

Verweisung Ja 23 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 8.8 Bebauungsplan Nr. 105 "Am Berghang" 6/DS/516 hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung erläutert die Auswirkungen der im Fachausschuss vorgeschlagenen und mehrheitlich beschlossenen Erweiterung des Beschlussvorschlages zum Geltungsbereich des Bebauungsplanes.

Herr Wende begründet, dass die Fraktion diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen kann. Es gibt viele andere Grundstücke, die sich in Fürstenwalde Nord zur Entwicklung eines Wohnstandortes mit Einfamilienhäusern vor allem mit weniger Aufwand eignen. Mit kommunalen und europäischen Mitteln wurde einiges zur Renaturierung der Hangkante unternommen und somit zum Erhalt eines schützenswerten Biotops beigetragen. Deshalb sollte an dieser Stelle keine Bebauung vorgenommen werden.

Herr Hilke schließt sich dem an und bittet, andere Flächen für eine Einfamilienhausbebauung auszuweisen. Im Hinblick auf die Flächen am Berghang stellt er fest, dass diese ursprünglich als Landwirtschaftsfläche ausgewiesen sind und im Laufe der Jahrzehnte sich eine Situation der „wilden“ Bebauung mit Datschen, tw. Wohnbebauung, tw. Dauerwohnsitz und Brachflächen entwickelt hat. Dort besteht die Gefahr einer Splittersiedlung im Außenbereich. Er führt Argumente auf, die gegen eine Bebauung sprechen (verlaufende Starkstromleitung, Naturräume an der Hangkante etc). Er vertritt die Auffassung, dass mit einer Beplanung des Areals begonnen werden sollte, um derartigen Splitterbebauungen im Außenbereich entgegenzuwirken. Das sollte in einem geordneten Rahmen geschehen und sollte man durchaus zu dem Ergebnis kommen, dass eine Bebauung nicht zulässig

ist, dann kann das Areal als Gartenland genutzt werden.

Herr Rudolph spricht sich ebenfalls gegen eine Bebauung aus und meint wie zuvor Herr Wende, dass man deshalb auch auf die durch den Nachlassverwalter finanzierte Vorplanung verzichten könne, denn die wäre unredlich wenn man zum Ergebnis käme, dort keine Bebauung zu wollen. Er hat noch einige Nachfragen und möchte insbesondere wissen, ob es auch eine Stellungnahme der Pächter gibt und zeigt die Auswirkungen auf die Verpachtung auf. Er denkt, dass den Pächtern gekündigt würde, wenn es sich um ausgewiesenes Bauland handelte. Bislang hatte lediglich der Nachlassverwalter mit den Pächtern Kontakt.

In der weiteren Diskussion gibt Herr Tschepe aber auch den Hinweis, dass es keine Garantie dafür gibt, dass dort alles bleibt wie es ist, wenn die Aufstellung des BPlanes nicht gefasst würde.

Herr Hemmerling meint, man solle das ungeordnete Areal zu einem auch im baurechtlichen Sinne zu einem ordentlichen Areal entwickeln, deshalb sollte eruiert werden, ob es sich dafür eignet.

Herr Aulich beantragt, die Drucksache in den Ausschuss zurückzuverweisen, da noch einige Dinge zu klären sind, die Pächter angehört werden sollten, einige von ihnen ihre Grundstücke wohl kaufen würden etc.

Herr Rudolph beantragte zuvor, Herrn Schnieber Rederecht zu erteilen, um zu berichten, was die Pächter umtreibt und verunsichert. Dem wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Schnieber schlägt vor, eine Vorortbesichtigung vorzunehmen, da mit ihnen noch nicht gesprochen wurde.

Dem Antrag von Aulich zur Verweisung in den Ausschuss stimmen 8 Abgeordnete zu und 17 dagegen. Bei 4 Enthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Abstimmung zum Beschlussvorschlag ergibt folgendes Ergebnis:

Ablehnung Ja 11 Nein 15 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.9 Ausführungsbeschluss zum Neubau des Parkplatzes am Heimattiergarten und Parkclub 6/DS/521

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf. Herr Rudolph, zunächst der Auffassung, dass die finanziellen Mittel für den Parkplatzneubau an anderer Stelle sinnvoller genutzt werden könnten, revidiert seine Meinung und wird dem Vorhaben unter dem Aspekt der Pendlerversorgung in Bahnhofsnähe zustimmen.

Beschluss:

Die Ausführung des Bauvorhabens Ausbau Parkplatz am Tierpark und Park Club wird, entsprechend vorliegender Ausführungsplanung, beschlossen.

Zustimmung Ja 26 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.10 Baubeschluss zu den notwendigen Sicherungsmaßnahmen am Jagdschloss 6/DS/527

Herr Rudolph merkt zur Finanzierung an, dass die notwendige überplanmäßige Auszahlung der kommunalen Eigenmittel in Höhe von 40.000,00 € aus der Maßnahme Abriss der Turnhalle an der Neuen Gartenstraße gedeckt wird. In der Haushaltsplanberatung, so resümiert er, war dies noch eine wichtige Maßnahme, die auf jeden Fall im Jahre 2017 durchgeführt werden sollte.

Dr. Fehse berichtet, dass die Mittel aus 2018 vorgezogen werden, da die Denkmalsbehörde die Sicherung des Jagdschlusses dringend empfohlen hat. Herr Tschepe ergänzt, dass die Sicherungsmaßnahmen für die Turnhalle an der Neuen Gartenstraße bereits abgeschlossen sind. Momentan werden die möglichen Nachnutzungen des Grundstückes geklärt.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ausführung des Dachtragwerks, Entfernung der Dacheindeckung inklusive der notwendigen Abbruch und Maurerarbeiten am Bauvorhaben „Sanierung und Umbau des Jagdschlusses“ in der Schloßstraße 13 auf der Grundlage der Genehmigungsplanung und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 8 nach HOAI durchzuführen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Die Verwaltung hat für die heutige Sitzung keine Informationen.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Frau Fiedler erinnert, dass am 8.6.17 beschlossen wurde, eine Grundschulentwicklungskonzeption gemeinsam mit den Umlandgemeinden zu erarbeiten. Sie bittet um Sachstandsinformationen. Der Bürgermeister berichtet über verschiedene Gespräche mit den Umlandgemeinden auch über die neue Vertragsgestaltung. Im IV. Quartal wird entsprechendes Material für das nächste Schuljahr vorgelegt.

Herr Apitz gibt den Hinweis, dass im Bereich der Mittelstraße in Höhe des Brunnens Behindertenparkflächen ausgewiesen sind, die so nicht genutzt werden können. Diese sollten verlegt werden. Er fragt zum Stand der Dinge.

Herr Tschepe führt aus, dass es weitere drei (zwei im Bahnhofsinnenbereich, einen gegenüber vom Bahnhof/Tunnelüberdeckung) Stellflächen für Menschen mit Behinderung gibt, die, so hat die Inaugenscheinnahme ergeben, nie alle drei zeitgleich belegt waren. Ein zusätzlicher Bedarf ist daher nicht erkennbar.

Herr Apitz ergänzt, dass es auch im Bereich des Marktplatzes z.B. vor dem Tourismusbüro oder dem Sanitätshaus Seeger machbar sein müsste, den Bedarf an weiteren Behindertenparkplätzen, z.B. auch für Kleinbusse, zu erweitern.

Herr Tschepe berichtet, dass dieser Hinweis im Rahmen der Marktplatzgestaltung berücksichtigt wird.

Herr Wende fragt zum Zeitplan der Neuorganisation Brauerei und Museum. Des Weiteren regt er an, im Bereich des Planungsverfahrens Baumwolle für die Anwohner einen kurzen Zwischenstand mitzuteilen, da die gemeinsame Debatte bisher sehr wertschätzend und konstruktiv war.

Der Bürgermeister informiert, dass die Hinweise der AnwohnerInnen durchaus ernstgenommen werden und geprüft wird, inwieweit sie Berücksichtigung finden können. Zunächst wird deshalb ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben. Parallel laufen die Umweltschutzuntersuchungen. Weiterhin berichtet Herr Hengst über erste Gedanken, das bewährte Konzept Kufa/Museum nicht zu zerschlagen. Die städtische Galerie könnte ebenfalls dort eingebunden werden. Für das Brauereimuseum gibt es andere Überlegungen, denn die Erwartungen haben sich nicht erfüllt, was die Besucherzahlen belegen. Denkbare Alternativen sind der Betreiber der Brauerei und der Verein der Braufreunde.

Herr Hoffrichter bittet, die Verkehrsplaner für das Areal Baumwolle und den Altstädter Platz zur nächsten Sitzung des Fachausschusses am 12.9.2017 einzuladen. Herr Tschepe sagt zu, dass sie anwesend sein werden.

Auf die nächste Frage zum Sachstand des alten REWE-Grundstücks berichtet Herr Tschepe, dass es hier weiterhin keine Möglichkeit der Einflussnahme gibt.

Herr Rausch gibt den Hinweis, dass im Stadtbild noch immer Plakate hängen, die auf eine Veranstaltung am 4.7. hinweisen. Er möchte wissen, ob es so lange beantragt war oder ob diese kostenpflichtig entfernt werden können.
Die Verwaltung nimmt den Hinweis mit.

Herr Fischer kann sich mit der Antwort zur Nebentätigkeit des Bürgermeisters durch den Vorsitzenden der STVV nicht zufriedenstellen. Er möchte eine Aufstellung über die gesamten Nebeneinkünfte und die aufgewandten Arbeitsstunden des Bürgermeisters.
Der Vorsitzende vertritt die Auffassung, dass der Bürgermeister nur ihm persönlich gegenüber auskunftspflichtig ist. Dieser Auskunftspflicht ist der Bürgermeister nachgekommen.
Er werde diese Auskünfte aus Datenschutzgründen nicht weitergeben. Außerdem liegen die Daten der Personalverwaltung vor.

Herr Rudolph erinnert an die Frage zum Weg von Onkel Toms Hütte und bittet um Beantwortung. Dr. Fehse berichtet, dass der die Stadt vertretende Anwalt gebeten worden ist, sich mit dem Anwalt der Gegenseite in Verbindung zu setzen, um diese Auskünfte einzuholen. Wenn eine Antwort vorliegt, wird diese zur Kenntnis gegeben.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.03 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 11 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin